

Handelsblatt, 14. April 2013

## **Politik braucht Beratung**

**Altkanzler Schröder lobt den wissenschaftlichen Pragmatismus seines Chefberaters Rürup.**

**- Kanzlerin Merkel soll stärker auf externen Rat hören.**

**- Rürup will Wirtschaftsweise eng an Regierung binden.**

*Von Donata Riedel*

Kanzlerin Angela Merkel hält seit der Finanzkrise Distanz zu Ökonomen. Sie werde die neuen Vorschläge der Wirtschaftsweisen "ernst nehmen", aber "nicht alles eins zu eins umsetzen", sagte sie knapp, als deren Vorsitzender Christoph Schmidt ihr am Mittwoch das äußerst kritische Jahresgutachten überreichte.

Weitaus mehr schätzt ihr Vorgänger Gerhard Schröder (SPD) ökonomischen Sachverstand. Zwar räumte auch er ein: "Politik kann nicht Vorschläge der Wissenschaft eins zu eins umsetzen." Aber "bei der Konzipierung der Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung hat externe Beratung eine große Rolle gespielt". Sie lieferte "eine Art Werkzeugkasten, aus dem sich die Politik das passende Instrument herausuchen konnte. Und das haben wir auch getan", sagte Schröder.

Der frühere Kanzler sprach anlässlich des siebzigsten Geburtstags seines Chefberaters Bert Rürup über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft auf einer Diskussionsveranstaltung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Handelsblatts. "Rürups pragmatischer Ansatz der Politikberatung ist realitätstauglich", lobte er.

Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart erinnerte: "Ohne Rürups beharrliche Kritik wäre es gar nicht zur Agenda 2010 gekommen". Schröder erkannte das an: Rürup habe mit seinen Auftraggebern aus der Politik über den Reformbedarf diskutiert - im Gegensatz zu anderen: Er könne da "rein fiktiv" einen "Professor aus Heidelberg" nennen. Gemeint ist Paul Kirchhof mit seinem Steuerkonzept im CDU-Wahlkampf 2005. Auch andere Wissenschaftler wollten ihre Reformkonzepte nicht den Härten des politischen Geschäfts aussetzen.

"Bert Rürup hingegen fremdelt nicht mit der politischen Agenda", sagte Schröder. Ursache sei wohl, dass Rürup in den 1970er-Jahren im Kanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt Erfahrung sammelte. Zu Schröders Regierungszeit berieten - oft unter Rürups Leitung - Kommissionen über die Reform des Renten- und Gesundheitssystems. Sie hätten die Umsetzungschancen ihrer Vorschläge immer vor Augen gehabt, lobte Schröder.

Sein Befund ähnelt Erkenntnissen der Düsseldorfer Ökonomen Justus Haucap und Michael Mödl. Die Professoren stellten fest, dass sich die forschungstärksten Wissenschaftler kaum in der Politikberatung engagierten - und Politikberater kaum forschten. Eine Ursache: Die englischsprachige Fachliteratur interessiere sich kaum für Wirtschaftsprobleme im deutschsprachigen Raum - weshalb viele Spitzenforscher sich gar nicht erst mit deutschen Themen beschäftigten. Um mehr ökonomischen Sachverstand in die Politik zu bringen, empfiehlt Haucap, befristet Wissenschaftler in den Ministerien für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit forschen zu lassen.

Schröder dagegen empfiehlt sich der neuen Koalition als Vorbild. Sie solle "sich wieder an der Arbeitsstruktur der Kommissionen in der rot-grünen Ära orientieren". Kommissionen könnten die

Arbeit der politischen Gremien ergänzen, "indem sie Expertise liefern und damit den Prozess der politischen Willensbildung beschleunigen", sagte er. "Eine der wichtigsten Folgen der Agenda 2010 ist die Erkenntnis, dass die Umsetzung umfassender Reformen möglich ist."

Natürlich sei dies für Politiker schwierig, denn es "kann mit Machtverlust verbunden sein - ich weiß, wovon ich rede", so Schröder: "Weil es sich zumeist um Vorschläge handelt, bei denen Sie als Politiker einer Gruppe in der Gesellschaft wehtun müssen, indem sie Privilegien streichen müssen. Das ist Aufgabe politischer Führung." Und die vermisst er offenbar bei Merkel.

Rürup wiederum will die Wirtschaftsweisen enger an die Politik binden. Das Gremium, dem er von 2000 bis 2009 angehörte, solle von der Bundesregierung für eine Legislaturperiode berufen, die Wissenschaftler so lange von ihrer Uni beurlaubt werden. "Wissenschaftliche Politikberatung kann nicht objektiv sein. Man muss auch bereit sein, sich von der Vorstellung zu lösen, dass es für ein Problem nur die eine richtige Politikempfehlung gibt."

Rürups Nachfolger Schmidt sieht den Vorschlag skeptisch: "Eine Beurlaubung vom Hauptamt würde ich sehr ungern machen. Die unabhängige Rolle ist für mich viel attraktiver", sagte er.